



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 21. Jänner 2016

Antrag

Betrifft: Ampelschaltung für RechtsabbiegerInnen

In den letzten Monaten wurden im Zuge von Um- und Neugestaltungen von Kreuzungsbereichen VLSA dermaßen geschaltet, dass RechtsabbiegerInnen „rot“ haben, auch wenn der Querverkehr ebenfalls „rot“ hat – nur die parallel gehenden Fußgänger haben (durch Druckknopfampel) „grün“.

Ein Beispiel hierfür ist die neu gestaltete Kreuzung Lagergasse/Karlauergürtel. Will man von der Lagergasse kommend südlich in den Karlauer Gürtel einbiegen, scheitert dies im Regelfall durch den starken Verkehr. Wird der Querverkehr am Karlauer Gürtel durch die Fußgeherdruckknopfampel angehalten, schaltet sich auch für die von der Lagergasse Kommenden eine rote Ampel dazu. Hält man vorschriftsmäßig vor der Haltelinie, hat man keine Chance, sich vor dem Querverkehr einzuordnen.

Die StVO regelt umfassend, wie sich Rechtsabbieger zu verhalten haben. Eine zusätzliche Ampel trägt eher zu vermeidbarem Stress und Unsicherheit bei.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Abteilungen werden ersucht, anstelle von derartigen Ampelschaltungen nach Alternativen zu suchen und diese umzusetzen, beispielsweise durch die ersatzlose Entfernung der zugeschalteten „rechts-Abbieger-rot-Ampeln) oder durch den Ersatz durch orange blinkende Ampeln.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 21. Jänner 2016

Antrag

Betrifft: Einbahnregelung Hohenstaufengasse–Kärntnerstraße–Staatsbahnstraße Lazarettgürtel

Beim von Hohenstaufengasse, Kärntnerstraße, Staatsbahnstraße und Lazarettgürtel begrenzten Quartier handelt es sich um ein relativ abgeschlossenes Wohngebiet, das nur über die Hohenstaufengasse erschlossen wird. Die Straßen in diesem Gebiet sind relativ schmal, Parken ist dadurch nicht möglich, auch der Begegnungsverkehr gestaltet sich durch diese Enge oftmals schwierig.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Abteilung für Verkehrsplanung der Stadt Graz wird ersucht, für dieses Gebiet eine vernünftige Einbahnregelung zu erstellen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 21. Jänner 2016

Antrag

Betrifft: Errichtung einer Parkfläche für einspurige Kfz im Bereich der ATG-Halle

Die AnrainerInnen der ATG-Halle sind verärgert: Einspurige Kfz verstellen die raren Parkplätze, indem sie ungeregelt die Flächen einnehmen, für die die AnrainerInnen ja ihre Jahresgebühr entrichten.

Durch das Kreuz-Und-Quer-Parken von Mopeds und Motorrädern gehen viele Flächen verloren. Ein eigener Abstellbereich für einspurige Kfz, die nur auf dieser Fläche (und das in geordneter Reihung) geparkt werden dürfen, könnte Erleichterung für die AnrainerInnen schaffen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die betreffenden Stellen werden ersucht, für den Bereich im Umfeld der ATG-Halle eine Lösung im Sinne des Motivenberichts zu finden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 21. Jänner 2016

Antrag

Betrifft: Sicherer Fußgängerübergang für Mariatrosterstraße / Eschengasse

Im Bereich der Kreuzung Eschengasse/Mariatrosterstraße wurde eine neue Wohnanlage errichtet, eine weitere in der Eschengasse ist in Bau. Gegenüber befindet sich der Billa-Markt.

Die Straße wird täglich von vielen Leuten überquert – in Ermangelung des Zebrastreifens ein Risiko. Die baldige Errichtung eines Fußgängerübergangs wäre höchst wünschenswert.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Stadt Graz beauftragt die zuständigen Stellen, an besagter Kreuzung eine sichere Übergangsmöglichkeit einzurichten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 21. Jänner 2016

Antrag

Betrifft: Zusätzlicher Ausbildungsstandort für Kindergartenpädagogik in Graz

Die Bedeutung der vorschulischen Erziehung und Bildung ist längst kein Geheimnis mehr: Der Kindergarten ist die erste prägende pädagogische Einrichtung für das Kleinkind und es ist selbstverständlich, dass auf die Ausbildung der dafür zuständigen ErzieherInnen/PädagogInnen großer Wert gelegt wird.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass viele der AbsolventInnen für Kindergartenpädagogik nicht in diesen Beruf einsteigen, sondern durch weitere Ausbildungen, z.B. an Uni oder FH zusätzliche Studien bzw. Berufsmöglichkeiten anstreben und dann eher selten zur Kindergartenpädagogik zurückkehren – zumal das hier zu erwartende Gehalt zur Attraktivität dieses wichtigen Berufs nicht viel beiträgt. Um zukünftige Engpässe zu vermeiden (Stichwort: zweites verpflichtendes Kindergartenjahr), gilt es, mehr jungen Menschen diese hervorragende Ausbildung zu ermöglichen, d. h. in Graz einen zweiten Ausbildungsstandort einzurichten – und diesen Beruf auch finanziell attraktiver zu machen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mit dem Bundesministerium für Bildung und Frauen über einen zweiten Standort einer Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in Verhandlungen zu treten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 21. Jänner 2016

Antrag

Betrifft: „Psychotherapie anstelle von Psychopharmaka“

Am 17.09.2013 gab es aus meiner Richtung einen Antrag in Form einer Petition an den Bundesgesetzgeber des Inhalts, die Voraussetzungen für die Behandlung psychisch kranker Menschen gegen Kassenverrechnung und ohne lange Wartezeiten schaffen zu wollen.

Seit dieser Zeit hat sich an der sehr problematischen Gesamtsituation auf diesem Gebiet nichts geändert. Ganz im Gegenteil:

Diversen regelmäßigen Medienberichten zufolge sind eine steigende Anzahl psychisch Erkrankter, damit einhergehend oft lange Phasen der Berufsunfähigkeit und frühzeitige Pensionierungen, zu verzeichnen. Es ist ein Faktum, dass das weitverbreitete Leiden an seelischen Krankheiten auch zum Wirtschaftsfaktor im negativen Sinne geworden ist.

Den ausführlichen Schilderungen der komplexen Problematik in einem Journal-Panorama (10.12.2015) in Ö1 bzw. einem diesbezüglichen Artikel im Kurier (16.12.2015) nach, möchte ich hiermit mein Anliegen, wonach der einfachste Zugang zur Psychotherapie auf Kassenersatz für alle Menschen gewährleistet sein soll, wiederholen und Nachdruck verleihen. Die ärmsten Mitmenschen in der Hierarchie der Gesellschaft Österreichs leiden unter der Kompliziertheit des Zugangs am meisten!

Im Wesentlichen wird in den besagten Berichten folgendes dargelegt:

2009 waren 900.000 Menschen in Österreich wegen psychischer Symptome in ärztlicher Behandlung. Tendenz steigend. Die meisten PatientInnen erhalten Psychopharmaka, vor allem Antidepressiva. Psychische Erkrankungen verursachen die längsten Krankenstände (laut Sozialminister Hundstorfer: 3,5 Milliarden Euro Kosten aufgrund von Firmenausfällen!) und führen als häufigste Gründe zu Frühpensionierungen.

Ein wesentlicher, sehr bedenklicher Aspekt ist die Tatsache, dass immer mehr junge Menschen mit psychischen Problemen Schule und Ausbildung abbrechen und somit den Einstieg in den Arbeitsmarkt gar nicht erst schaffen.

Haben sich Erkrankte endlich (!) dazu entschlossen, eine Therapie zu beginnen, ergeben sich zu oft bürokratische Hindernisse bis hin zu langen Wartezeiten.

Die Komplexität der Gründe dafür hier darzulegen, würde den Rahmen sprengen.

Allerdings erlaube ich mir diese vereinfachte Darstellung:

Die 22 verschiedenen Sozialversicherungsträger Österreichs „einigen“ sich in unterschiedlichen Abkommen mit diversen Therapieeinrichtungen (in der Steiermark sind das 17 Vertragspartner) auf beschränkte Kontingente, wobei es bislang nicht einmal möglich war, ein einheitliches Antragsformular für alle Versicherungsträger zu gestalten. In der Folge ergeben sich intransparente, umständliche Regelungen (auch für TherapeutInnen!), nicht selten werden Kriseninterventionszentren eingeschaltet, um PatientInnen und TherapeutInnen zusammenzuführen.

Wenn zur Krankheit massive bürokratische Hürden kommen, so bedeuten diese Zusatzbelastungen, die oftmals zur Entscheidung führen, auf eine Therapie zu verzichten. Stattdessen bemüht man sich – der Einfachheit halber - um die Verschreibung von Medikamenten, welche immerhin auf Kassenkosten zu erhalten sind!

Knapp eine Million Menschen nehmen jährlich Kassenleistungen wegen psychischer Erkrankungen in Anspruch, ein Großteil davon entfällt auf Psychopharmaka. - Das entspricht einem Zuwachs von 31% an Ausgaben für Psychopharmaka zwischen 2006 und 2013 (Quellen: Donau-Universität Krems, IMS Health, PVA, ÖGPP).

Anders gesagt: Die Verschreibung von Psychopharmaka boomt!

Es kommt dazu, dass aus verschiedensten Gründen viele Medikamente wiederum entsorgt werden. Laut ExpertInnenmeinung könnte also unter anderen Voraussetzungen ein Viertel der Finanzierung hier eingespart und für Psychotherapie verwendet werden.

Bei Investition in flächendeckende Psychotherapie könnten weiters andere Bereiche des Gesundheitsapparates (Versorgung in Ambulanzen -24%, stationäre Versorgung -37%) entlastet werden. Desgleichen das Pensionsversicherungssystem.

Noch ein Beispiel für den allgemeinen volkswirtschaftlichen Aspekt: Nicht selten kommt es nach einem längeren Krankenstand zur Kündigung, womit das AMS auf den Plan gerufen ist.

Die einheitliche Psychotherapieversorgung in Österreich findet sich nicht nur als gesetzliche Vorgabe, sondern auch im Programm der aktuellen Bundesregierung und in den Rahmenbedingungen für die Gesundheitsreform! Die Gesamtproblematik ist also bewusst, die Umsetzung weiterhin fraglich. Es fehlt nach wie vor der längst ausstehende Gesamtvertrag zur Vereinfachung jeglicher Vorgehensweise.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Damit die Behandlung aller psychisch erkrankten Menschen gegen Kassenverrechnung nach dem Sachleistungsprinzip und ohne lange Wartefristen möglich gemacht wird, tritt die Stadt Graz an den Bundesgesetzgeber in Form einer Petition heran. Zur bürokratischen Erleichterung und Zugangsvereinfachung soll in Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern entsprechend dem aktuellen Regierungsprogramm ein Gesamtvertrag für eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise ausgearbeitet werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 21. Jänner 2016

Antrag

Betrifft: Günstige Kohlenmonoxid-Melder

Das Heimtückische an Kohlenmonoxid ist, dass es vom Menschen nicht wahrgenommen werden kann: Es ist unsichtbar, geruchlos und geschmacklos. CO-Melder warnen rechtzeitig und schützen so vor den folgeschweren Konsequenzen einer Kohlenmonoxid Vergiftung. Erst am 14. Jänner verstarb in der Harter Straße eine 78-jährige Frau infolge einer Kohlenmonoxid-Vergiftung. Der internationale Feuerwehr-Verband empfiehlt seit langem, Haushalte mit Kohlenmonoxid-Meldern auszurüsten.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, Kohlenmonoxid-Melder in größeren Mengen zu erwerben und diese so günstig als möglich an die Bevölkerung weiterzugeben. Über die Berufsfeuerwehr, in den Servicestellen der Stadt und im Rathaus sollen CO-Melder gegen Vorlage des Meldezettels für Grazerinnen und Grazer wesentlich billiger als im Einzelhandel zu haben sein.

Betreff: Ampelschaltung Grillweg



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

Antrag

**an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Karin Katholnig
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 21. Jänner 2016**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Kärntner Straße ist im Kreuzungsbereich Grillweg vom Süden her kommend noch immer keine „Linksabbiege-Ampel“ installiert, was zu ständigen Staus führt und zur Folge hat, dass die AnrainerInnen unter einer enormen Lärm- und Luftbelastung leiden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher

den Antrag:

Die zuständigen Abteilungen werden ersucht, gemäß Motivenbericht die Realisierung einer Linksabbiege-Ampelschaltung im Bereich Kärntner Straße / Grillweg zu überprüfen.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **21. Januar 2016** von Gemeinderat
Christoph Hötzl

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 21.01.2016

Betreff: Errichtung eines internen Kontrollsystems
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im konkreten Fall hat ein in Konkurs befindliches Unternehmen, das in Geschäftsbeziehungen zur Stadt Graz bzw. zu Gesellschaften der Stadt Graz steht Anlass zu gegenständlichem Antrag gegeben. Beispielgebend sei angeführt:

Die Stadt Graz ist Gläubiger des gegenständlichen Unternehmens aufgrund vorgenannter Geschäftsbeziehungen und hat diese Schuld auch geltend gemacht. Es steht aber zu erwarten, dass die aushaftende Summe wohl abzuschreiben sein wird. In einem anderen Zusammenhang hat eben dieses Unternehmen eigene Leistungen gegenüber der Stadt Graz und ihren Gesellschaften geltend gemacht. Es wäre nun sinnvoll gewesen, beide Forderungen gegeneinander aufzurechnen und somit die Interessen der Stadt Graz zu wahren. Persönliche Nachfrage bei den zuständigen Stellen hat ergeben, dass ein derartiges Monitoringsystem bei der Stadt Graz und ihren Gesellschaften nicht existiert. Im Interesse des Steuerzahlers sollten Zweigleisigkeiten vor allem im Zusammenhang mit insolvent gewordenen Geschäftspartnern vermieden werden.

Aus diesem Grund ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, ein internes Kontrollsystem zum Zwecke der Vermeidung von Zahlungsausfällen durch konkursgefährdete Unternehmen zu erarbeiten und das Ergebnis dem Gemeinderat noch in der ersten Jahreshälfte 2016 vorzulegen.



Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 21. Jänner 2016

von

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: Erarbeitung von Klimaanpassungs-Strategien für die Grazer Waldbewirtschaftung

Die Leitlinien zur Waldbewirtschaftung der Stadt Graz sehen vor, dass sich die Baumarten-Zusammensetzung in den städtischen Wäldern an den natürlichen Waldgesellschaften – im Fall von Graz standortgerechten Mischwäldern – orientiert. Der Klimawandel ist in den Leitlinien bis dato trotz der bereits spürbaren Auswirkungen noch kein explizites Thema.

Hinter der Buche und der Kiefer nimmt die Fichte mit 12,67% Platz 3 der Baumarten in den Wäldern im Grazer Stadtgebiet ein. Die durch den fortschreitenden Klimawandel bedingten milden Winter begünstigen die Vermehrung der Borkenkäfer. Um die Schadholzentwicklung zu minimieren waren schon in den letzten Jahren Eingriffe in die alten Fichtenbestände in den Grazer Wäldern notwendig.

Der Klimawandel macht also auch vor den Grazer Wäldern nicht halt. Der heiße und trockene Sommer 2015 lässt bei den Grazer Förstern bereits die Alarmglocken schrillen. Sollte es nicht noch zu einer längeren Kälteperiode kommen, werden im Jahr 2016 leider massive Eingriffe in den Fichtenbestand notwendig sein. Eine Überarbeitung der Grazer Leitlinien zur Waldbewirtschaftung im Sinne von Klimaanpassungsstrategien ist daher dringend erforderlich.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Antrag

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz mögen,

1. Klimaanpassungs-Strategien für den Grazer Waldbestand entwickeln, diese in die Grazer Leitlinien für Waldbewirtschaftung integrieren und zum nächstmöglichen Termin im Grazer Naturschutzbeirat präsentieren.
2. Weiters soll dafür Sorge getragen werden, dass sich auch die privaten WaldbesitzerInnen des Problems bewusst werden und ihre Waldbewirtschaftung entsprechend adaptieren.